



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Mehr Alltagswissen an bayerischen Schulen – KMK-Empfehlungen umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert darüber zu berichten, ob in den aktuell gültigen und den neu konzipierten Lehrplänen aller Schularten („LehrplanPLUS“) die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Verbraucherbildung an Schulen umgesetzt sind, ob die Themenfelder Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht, Ernährung und Gesundheit, Medien und Information sowie nachhaltiger Konsum und Globalisierung ausreichend berücksichtigt sind oder ob hierzu ein eigenes Unterrichtsfach eingeführt werden muss.

Begründung:

Die Schulpolitik liegt in der Verantwortung der Bundesländer und diese verantworten die Lehrpläne. Am 12. September 2013 hat die Kultusministerkonferenz (KMK) Empfehlungen zur Verbraucherbildung an Schulen beschlossen. Die Verbraucherbildung wird darin als lebenslanger Prozess und zentrales Element einer Bildung verstanden, „die sowohl auf aktuelle als auch künftige Herausforderungen im Privat- wie auch im Berufsleben“ vorbereiten soll. Weiterhin hat die Verbraucherbildung die Entwicklung eines verantwortungsbewussten Verhaltens als Verbraucherinnen und Verbraucher zum Ziel, „indem über konsumbezogene Inhalte informiert wird und Kompetenzen im Sinne eines reflektierten und selbstbestimmten Konsumverhaltens erworben werden. Dabei geht es vor allem um den Aufbau einer Haltung, die erworbenen Kompetenzen im Zusammenhang mit Konsumententscheidungen als mündige Verbraucherinnen und Verbraucher heranzuziehen und zu nutzen.“ Deshalb werden von der KMK vier Themenbereiche definiert, die hierbei im Mittelpunkt stehen sollen: Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht, Ernährung und Gesundheit, Medien und Information sowie nachhaltiger Konsum und Globalisierung.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat bereits im März 2013 in einem Dringlichkeitsantrag (Drs. 16/16042) auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser Themenbereiche für Kinder und Jugendliche hingewiesen und deshalb ein eigenes Unterrichtsfach „Lebenskunde“ gefordert. Im Fortgang der auch von uns angestoßenen Debatte wurden im Herbst 2013 die erwähnten Empfehlungen der KMK beschlossen. Die im Januar 2015 durch eine Kölner Schülerin über Twitter wieder ausgelöste Diskussion über die Praxistauglichkeit des in der Schule gelernten Wissens erfuhr erneut bundesweite Aufmerksamkeit und Reaktionen aus allen Bundesländern. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Frage, ob die Schule tatsächlich auf das Leben vorbereitet oder den Fokus zu sehr auf fachliches Wissen legt. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka und die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Julia Klöckner haben diese Debatte aufgegriffen und ein Unterrichtsfach „Alltagswissen“ gefordert. Dies zeigt, dass die Umsetzung der KMK-Empfehlungen noch nicht umfassend gelungen ist und die Staatsregierung aufklären muss, wie die genannten Themenfelder in Bayern implementiert wurden und ob hierzu ein eigenes Unterrichtsfach auf den Weg gebracht werden muss.